

Kryptowährungen am Wendepunkt: Regulierung oder Chaos?

Die FU Berlin untersucht in einer neuen Studie den Wandel des Kryptowährungssystems und die Notwendigkeit politischer Regulierung.



Garystraße 21, 14195 Berlin, Deutschland - Am 25. April 2025 haben Forscher der Freien Universität Berlin, Christopher Olk und Louis Miebs, in ihrer neuen Studie eine grundlegende Transformation des globalen Kryptowährungssystems hin zu einem kreditbasierten Schattenbankensystem analysiert. Die Studie, veröffentlicht im Fachjournal *Review of International Political Economy*, thematisiert die zentrale Frage, wer das Recht hat, Geld zu schaffen und unter welchen Bedingungen dies geschehen soll. Dies wird vor dem Hintergrund der Krypto-Krise von 2022 betrachtet, als Stablecoins wie TerraUSD und die Handelsplattform FTX kollabierten.

Die Autoren sehen die Ereignisse nicht als isolierte Betrugsfälle,

sondern als Symptome einer weitreichenden systemischen Entwicklung. Kryptowährungen agieren zunehmend als Geldformen, gesteuert durch zentralisierte Plattformen, die Kreditbeziehungen und Liquidität bereitstellen. Stablecoins, die oft als Schatten-Geld beschrieben werden, bieten Preisstabilität und sind wandelbar in staatliche Währungen, jedoch ohne staatliche Absicherung.

Regulierung als Antwort auf systemische Risiken

Die Dringlichkeit einer politischen Neubewertung und Regulierung von Kryptowährungen wird besonders deutlich, wenn man die Risiken betrachtet, die durch fehlende Aufsicht auf zentralisierten Börsen wie FTX entstanden sind. Diese agieren vergleichbar mit Banken, jedoch ohne die erforderlichen Lizenzen oder die nötige Aufsicht, was zu einem massiven Vertrauensverlust führte. Die Bilanzrisiken dieser Plattformen resultierten in einem Verlust von Milliardenwerten und verdeutlichen die Gefahren, die ein schlecht regulierter Sektor mit sich bringen kann.

Das Kryptosystem ist im aktuellen Vergleich noch immer eine relativ kleine, isolierte Nische des Finanzmarktes, wobei es nach wie vor stark wächst und sich entwickelt. Wie die **Bundesbank** herausstellt, wird der Kryptoraum von europäischen und internationalen Regulierungsbehörden genau beobachtet. Die jüngsten Entwicklungen, wie der Zusammenbruch von FTX, haben die Verwundbarkeit des Systems und die damit verbundenen Risiken aufgezeigt.

Europäische Regulierung und neue Standards

Eine sinnvolle Regulierung soll darauf abzielen, das Kryptosystem zu ordnen und Ansteckungsrisiken mit dem traditionellen Finanzsystem zu vermindern. Im Juni 2023 trat die

europäische Verordnung über Märkte in Krypto-Assets (MiCAR) in Kraft, die einen harmonisierten rechtlichen Rahmen für nicht regulierte Kryptowerte schaffen soll. Die MiCAR zielt ab auf die Aufsicht von Emittenten von Krypto-Assets und Krypto-Dienstleistern und erfordert die Einhaltung von Regeln zur Unternehmensführung und Kapitalausstattung.

In Deutschland sind dafür nationale Gesetzesänderungen notwendig, die der BaFin und der Bundesbank die Aufsicht über Stablecoins und E-Geld-Token übertragen. Zudem entwickelt der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht internationale Standards, die bis zum 1. Januar 2025 umgesetzt werden müssen. Auch weitere regulatorische Initiativen, wie die Pilotregelung für DLT-basierte Märkte, zeigen das Bestreben nach einem rigorosen Regelwerk in der schnelllebigen Welt der Kryptowährungen.

Die Autoren der oben genannten Studie mahnen zur politischen Auseinandersetzung mit der Integration von Kryptowährungen in das staatlich gestützte Finanzsystem. Der Kryptosektor steht an einem entscheidenden Wendepunkt: entweder wird er stärker reguliert oder bleibt als riskante Zone bestehen. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, ob eine strukturelle Anpassung gelingt, die sowohl Innovation als auch Sicherheit in der Finanzlandschaft gewährleistet.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Garystraße 21, 14195 Berlin, Deutschland
Quellen	• www.fu-berlin.de • www.bundesbank.de • www.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de